



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland Sicherheit verlangt unseren vollen Einsatz Fracking muss eindeutig geregelt werden

Den Behörden ist im hessischen Oberursel ein großer Ermittlungserfolg gelungen. Das festgenommene, vermutlich radikal islamistische Paar hatte offenbar einen Bombenanschlag auf das traditionelle Radrennen in Frankfurt am Main geplant. Schlimme Erinnerungen an das Attentat auf den Marathon in Boston sind beinahe unvermeidbar. Es ist zu hoffen, dass die Behörden die Planungen restlos aufklären und möglichen Hinterleuten auf die Spur kommen werden. Bisher können vor allem die Spuren in der Wohnung ausgewertet und Zeugen befragt werden. Es ist gut, dass die Behörden künftig auch auf Verbindungsdaten zurückgreifen können. Der Vorfall in Hessen hat aber auch gezeigt, dass wir alle gefragt sind, wenn es um unsere Sicherheit geht. Es ist gut, dass es die Meldepflicht für den Kauf bestimmter chemischer Produkte in größeren Mengen gibt und es ist gut, dass aufmerksame Baumarktmitarbeiter die Polizei informiert haben.

Aber nicht nur die Polizeibehörden in Bund und Ländern leisten gute und wichtige Arbeit, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Auch die Arbeit der Nachrichtendienste trägt ganz wesentlich zur Sicherheit in Deutschland bei. Das muss bei allen Diskussionen um die Vorwürfe, die jetzt dem BND gemacht werden, auch klar und deutlich gesagt werden. Deutschland hat angesichts der Bedrohungen etwa durch den islamistischen Terrorismus Sicherheitsinteressen. Und dafür brauchen wir neben der Polizei auch die Nachrichtendienste, um die Sicherheit in unserem Land garantieren zu können. Dazu gehört auch die jetzt in der Kritik stehende Zusammenarbeit der Dienste. Klar ist auch: Die Anschuldigungen taugen nicht zur parteipolitischen Profilierung.

Wer auf der Basis von Vermutungen diskutiert, mag die Schlagzeilen des Tages beherrschen. Der Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen wird man so aber nicht gerecht. Den Vorwürfen wird in den dafür geschaffenen parlamentarischen Gremien nachgegangen. Dort kann man auch faktengestützt feststellen, ob Entscheidungen und Strukturen richtig waren und sind. Und wenn nicht, werden sie geändert. So war eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss übrigens, dass die Behörden besser zusammenarbeiten und ihre Informationen austauschen müssen. Was im Inland richtig ist, kann bei der Zusammenarbeit mit befreundeten ausländischen Diensten nicht falsch sein. Aber es muss auf der Grundlage unserer Gesetze geschehen.

Im Hinblick auf die Sicherheit unserer Bürger ist auch erfreulich, dass Berlin in diesem Jahr erstmals seit Jahren einen überwiegend friedlichen und damit sicheren 1. Mai feiern konnte. Den Menschen ist es gelungen, die unbelehrbaren Krawalltouristen und Brandstifter so weit zu isolieren, dass eine gut aufgestellte und eingesetzte Polizei diese unfriedlichen Demonstranten im Griff hatte. In Weimar dagegen konnten Rechtsextremisten eine Mai-Kundgebung stören. Die thüringische Landesregierung sollte prüfen, ob sie alle Instrumente zur Verhinderung solcher Vorfälle nutzt.

Bereits in der letzten Woche haben uns Bilder und Nachrichten über schreckliche Verwüstungen aus dem Himalaya

erreicht. Das schwere Erdbeben hat dort unsäglich viel menschliches Leid verursacht. Die Behörden in Nepal scheinen überfordert. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Staatengemeinschaft weiterhin alles tut, um das Leid der Menschen zu lindern und dem Land bei der Bewältigung der Folgen zu helfen - von den ersten Notmaßnahmen bis zum Wiederaufbau. Ein nach wie vor aktuelles Problem ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Hier bringt Deutschland sich mit einer Kernkompetenz des Technischen Hilfswerks (THW) ein: Seit Sonntag können mit zwei Trinkwasseranlagen in Kathmandu bis zu 10.000 Liter Trinkwasser pro Stunde produziert werden, die dann über Tankfahrzeuge an die Menschen verteilt werden.

Aus niedersächsischer Sicht ist in dieser Woche insbesondere das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzespaket zum Thema Fracking von besonderer Bedeutung gewesen. Im Koalitionsvertrag war vereinbart worden, dass bei der gesetzlichen Regelung des Themas, der Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers absoluten Vorrang behalten muss. Nach der ersten Lesung der Gesetzentwürfe wurden diese in die zuständigen Fachausschüsse des Bundestags überwiesen. Dort werden wir in den kommenden Wochen beraten, wie wir mit den beabsichtigten Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz und Bundesnaturschutzgesetz hohe Sicherheitsstandards für die Trinkwasserversorgung und unsere Naturschutzgebiete setzen können. Änderungen wird es auch im Bergrecht geben. Hier soll die Durchsetzung von möglichen Schadenersatzansprüchen bei Bergschäden erleichtert werden. Ebenso sollen verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen eingeführt sowie die bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie verschärft werden.

Auch in dieser Woche war das Plenargeschehen wieder durch zwei wichtige Jahrestage geprägt, die auf das Engste miteinander verbunden sind:

Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Und vor 50 Jahren nahmen die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel diplomatische Beziehungen auf. Beide Ereignisse waren zentrale Themen dieser Plenarwoche. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel war auf unseren Antrag hin auch Teil der Tagesordnung. Als 1945 mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes das volle Ausmaß seiner Verbrechen deutlich wurde, schien es, als wäre für lange Zeit keine Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden möglich. Die deutsch-israelische Annäherung stellte nach den Verbrechen des Holocausts im Grunde eine schier aussichtslose Aufgabe dar.

Nur mutige Staatenlenker wie Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, für die Moral, Staatsräson und Realismus zusammengehörten, konnten diese Herausforderung annehmen. Ihrem entschlossenen Handeln ist es zu verdanken, dass der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufnehmen konnten. Der eigentliche Glücksfall ist aber, dass der Staat Israel und Juden trotz der schrecklichen Verbrechen, die im deutschen Namen begangen worden sind, bereit waren, uns die Hand zu reichen.

Die Woche im Parlament

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und natur-schutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ist Teil der Neuregelung beim Fracking. Den Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung soll Rechnung getragen werden. So wird der Umgang mit Lagerstättenwasser geregelt: Wo Risiken nicht zu verantworten sind oder unzureichende Kenntnisse bestehen, soll Fracking verboten werden. Den Gesetzentwurf haben wir in 1. Lesung beraten.

Entwurf eines Gesetzes zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung ist ebenfalls Teil des sogenannten Fracking-Pakets. Die Regelungen sollen für Geschädigte die Durchsetzung von möglichen Schadensersatzansprüchen wegen Bergschäden durch den Bohrlochbergbau sowie durch Untergrundspeicher erleichtern. Weitere Änderungen betreffen die Einführung von verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie eine Verschärfung der bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie, insbesondere strenge Anforderungen zur Entsorgung des Lagerstättenwassers und der Frack-Fluide. Wir haben den Gesetzentwurf in 1. Lesung beraten.

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel: Eingedenk der Vergangenheit die gemeinsame Zukunft gestalten. Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Wir würdigen mit unserem Antrag das 50. Jubiläumsjahr der Aufnahme der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen. Wir positionieren uns einmal mehr klar: Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für den Deutschen Bundestag unverzichtbar.

Qualität von Studium und Lehre im internationalen Wettbewerb sichern – Den Europäischen Hochschulraum erfolgreich gestalten. In dem von uns eingebrachten Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich weiterhin für internationale Doppelstudiengänge und Europahochschulen einzusetzen. Sie soll darauf hinwirken, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen zu verbessern. Wir appellieren darüber hinaus an die Länder, die finanzielle Entlastung durch die vollständige Übernahme der Kosten des BAföG durch den Bund vereinbarungsgemäß für Schulen und Hochschulen zu verwenden.

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Informationsweiterverwendungsgesetzes. Mit dem Gesetz erschließen wir das Potenzial des öffentlichen Sektors als Informationsquelle im Zuge von „Open Data“. Karten, Satellitenbilder, Rechtsvorschriften und Gerichtsurteile, statistische und Unternehmensdaten sowie Melde- und Patentregister beinhalten Informationen, die das Ausgangsmaterial für eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen bilden. Wir setzen mit dem Gesetz europäisches Recht um und erleichtern die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors. Wir haben das Gesetz in 2./3. Lesung beraten und beschlossen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982. Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen. 2014 gab es nur noch vier versuchte Überfälle auf Handelsschiffe, seit 2012 war kein Überfall mehr erfolgreich. Die deutsche Beteiligung an der erfolgreichen Operation soll nun nach dem Antrag der Bundesregierung bis Mai 2016 verlängert werden. Die Personalobergrenze soll nach einer Absenkung im vorigen Jahr von 1.400 auf 1.200 Soldaten nun weiter auf 950 verringert werden.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Vereinten Nationen geführten Mission UNMIL in Liberia. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten, sich mit bis zu fünf Soldaten an der Friedensmission der Vereinten Nationen zu beteiligen. Seit 2003 ist UNMIL aktiv bei der Überwachung und Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens, der Unterstützung des Friedensprozesses, der humanitären Hilfe, der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten sowie der Unterstützung und der Reformen im

Sicherheitssektor. Aufgabe der UNMIL-Mission ist dabei die Beratung und Unterstützung der liberianischen Regierung sowie der polizeilichen und militärischen Kräfte. Mit unserer Zustimmung zu dem Mandat tragen wir zum bisherigen Erfolg von UNMIL bei und verdeutlichen unsere Bereitschaft, Verantwortung in der Friedensmission der Vereinten Nationen zu übernehmen.

Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2010 bis 2013. Der Bericht lässt die Neuausrichtung der deutschen Hilfspolitik erkennen: Ziel ist es, über eine Reaktion auf plötzliche Katastrophen und Krisen hinaus Instrumente der humanitären Hilfe zunehmend vorausschauend einzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2012 vereinbart, dass das Auswärtige Amt nunmehr für alle Bereiche der humanitären Hilfe verantwortlich ist, jedoch eng mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammenarbeitet. Vor dem Hintergrund einer Zunahme an langandauernden ungelösten Konflikten ist das Engagement des BMZ weiter von großer Bedeutung für die effektive Leistung humanitärer Hilfe.

Starke Städte und Quartiere – Die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fortsetzen. Anlässlich des ersten gesamtdeutschen Tags der Städtebauförderung am 9. Mai haben wir einen Antrag zur Würdigung und weiteren Entwicklung der Städtebauförderung eingebracht. Wir betonen die Bedeutung der Städtebauförderung als Finanzhilfe des Bundes und heben ihren Beitrag für die grundsätzlich gelungene Stadtentwicklung in Deutschland sowie für die regionale Wirtschaftsentwicklung hervor. Positiv ist die derzeitige finanzielle Ausstattung der Städtebauförderung in Höhe von 700 Millionen Euro pro Jahr. Außerdem geht der Antrag auf neuere Entwicklungen in dieser Wahlperiode ein, so zum Beispiel auf das Programm zum Wissenschaftsjahr „Stadt der Zukunft“.

Daten und Fakten

Deutschlands Wirtschaftskraft ist Schlüssel zu Wohlstand. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 1991 und 2013 von 1.580 auf 2.809 Mrd. Euro angewachsen. Damit verknüpft sind bedeutende Auswirkungen auf den Wohlstand der Menschen in unserem Land: Das Bruttovermögen privater Haushalte wuchs im selben Zeitraum von 5.392 auf 12.288 Mrd. Euro an. Und die Menschen können sich heute mehr von ihrer Arbeit leisten: Die Arbeitszeit etwa, die durchschnittlich für den Kauf einer neuen Waschmaschine zu leisten ist, halbierte sich von rund 53 auf 26 Stunden. Neben den finanziellen Aspekten ist auch die Lebenserwartung in den vergangenen 30 Jahren gestiegen: Bei den Frauen um fünf und bei den Männern um gut sechs Jahre. Daneben haben die Menschen in Deutschland heute mehr Freizeit. Mittlerweile sind sechs Wochen Urlaub tariflicher Standard, gegenüber zwei Wochen Jahresurlaub Ende der 1950er-Jahre.

(Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Positives Deutschlandbild in Israel. 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und 50 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel haben die Israelis eine sehr positive Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung gaben fast 70% der Befragten an, Deutschland positiv oder sogar sehr positiv einzuschätzen. Unter den europäischen Nationen nimmt Deutschland damit unangefochten und mit weitem Abstand den Spitzenplatz in der Beliebtheit in Israel ein.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung)

 Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.